

1948/56

Interrogation Nr. 997.

Vernehmung von Dr. Justus BEYER,
SS-Obersturmbannführer,
Offizial Amt III RSHA,
durch Hr. Erik J. GERNHARDT,
auf Veranlassung von Hr. WALTON,
am 30. April 1947 von 9.30 bis 11.45 Uhr vormittags,
Stenographin: Gertrud WEBER.

1.F.: Geben Sie Ihren vollen Vor- und Nachnamen an.

A.: Dr. Justus BEYER.

2.F.: Wann und wo sind Sie geboren?

A.: 15. April 1916 in Soltau/Pommern.

3.F.: Stehen Sie auf und sprechen Sie den Eid nach: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe.

A.: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe.

4.F.: Nehmen Sie Platz. - Sie wissen, dass Unterlassungen in einer Aussage unter Eid als ebenso schwere Eidverletzung betrachtet werden, wie eine falsche Aussage?

A.: Ja.

5.F.: Haben Sie jemals einen anderen Namen als den von Justus BEYER geführt?

A.: Nein.

6.F.: Sie sind deutscher Staatsangehöriger?

A.: Ja.

7.F.: Verheiratet?

A.: Ja.

8.F.: Haben Sie Kinder?

A.: Nein.

9.F.: Seit wann sind Sie verheiratet?

A.: 23. April 1944.

10.F.: Wann traten Sie in die NSDAP ein?

A.: 1. Dezember 1931.

11.F.: Was war Ihre Mitgliedsnummer?

A.: 360875.

12.F.: Die Nummer stimmt mit den Akten überein. Welche Funktionen innerhalb der NSDAP haben Sie ausgeführt?

A.: Sie meinen rein politische Leiter Funktionen?

13.F.: Darauf bezog sich die Frage.

A.: Auch in der NSDAP selbst, dazu gehörte die politische Leitungsorganisation und da wurde ich 1942 Abschnittsleiter in der Parteikanzlei.

14.F.: Haben Sie jemals einen höheren Dienstgrad oder Dienststellung innerhalb der NSDAP als die eines Abschnittsleiters gehabt?

A.: Nein. Verbunden war damit die Funktion des Reichshauptstellenleiters. Die Ernennung erfolgte gleichzeitig.

15.F.: Haben Sie schon vor diesem Datum der politischen Leitung angehört?

A.: Ich kam im April 1941 in die Parteikanzlei. Mir wurde aber erst ein Jahr danach der Titel eines politischen Leiters verliehen.

16.F.: Wann traten Sie in die allgemeine SS ein?

A.: Ich bin eingetreten im Juni 1934.

17.F.: Mit welchem Dienstgrad?

A.: Als SS-Mann. Ich wurde von der SA überstellt.

18.F.: Was war Ihr letzter Dienstgrad in der allgemeinen SS?

A.: SS-Obersturmbannführer.

19.F.: Waren Sie jemals Mitglied der Waffen-SS?

A.: Nein.

20.F.: Waren Sie jemals Mitglied der SS-Totenkopfverbände?

A.: Nein.

21.F.: Seit wann waren Sie Mitglied der SA?

A.: Da bin ich eingetreten im Herbst 1932.

22.F.: Wie wie lange waren Sie bei der SA?

A.: Bis zu meinem Eintritt in die SS im Juni 1934.

23.F.: Was war Ihr erster Dienstgrad in der SA?

A.: SA-Mann.

24.F.: Ihr letzter?

A.: SA-Stoßtruppführer.

25.F.: Was war Ihre SS Mitgliedsnummer?

A.: 107138.

26.F.: Auch diese Nummer stimmt mit den Akten überein. Welchen Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden der NSDAP haben Sie noch angehört?

A.: Ich war in NS Rechtswehrverband.

27.F.: Von wann bis wann?

A.: Seit 1933.

28.F.: Welche Funktionen oder welche Dienststellungen hatten Sie in NS Rechtswehrverband?

A.: Ich hatte keine Dienststellung, ich war einfach Mitglied.

29.F.: Welchen Gliederungen haben Sie sonst noch angehört?

A.: Der NSV.

30.F.: Haben Sie eine Funktion in der NSV ausgeübt?

A.: Nein.

31.F.: Fahren Sie fort.

A.: Dann war ich in Reichelstiftschutzbund und wenn Sie innerhalb der SS noch die besonderen Gliederungen notieren müssen beim Sicherheitsdienst.

32.F.: Darauf kommen wir später noch.

A.: Ja.

33.F.: Geben Sie mir zunächst eine chronologische Entwicklung Ihrer Schulbildung.

A.: Ich bin der Sohn eines evangelischen Pfarrers und war erst in Privatunterricht bei meinen Eltern, da ich gesundheitlich nicht in der Lage war, die Volksschule zu besuchen. Dann kam ich im dritten Schuljahr zur Volksschule und mit Versetzung meines Vaters zur Stadt Senftenhausen in Thüringen, in das dortige Gymnasium, wo ich 1928 das Abitur machte. Dann studierte ich zunächst an der Universität Marburg Rechts- und Staatswissenschaften, also genau April 1928. Ich ging von dort im April 1930 zur Universität nach München, studierte dort das gleiche und im April 1931 nach Jena. Ich habe dort am 20.1.1933 das Referendar-Examen am Oberlandesgericht Jena mit der Note "vollbefriedigend" absolviert. Ich habe dann seit Januar 1933 sofort im Anschluss an mein Examen eine Anstellung beim Universitätsassistenten der Universität Jena, soziologisches Seminar, eine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter gefunden mit der Aufwandsentschädigung von monatlich etwa 100.-- Mark. Meine Aufgabe war besonders vorbereitende wissenschaftliche Arbeiten für ein wissenschaftliches Werk auf dem Gebiet des Zivilrechts fertig zu stellen. Ich habe während 1933 noch weiterhin das Universitätsseminar besucht, da ich die Absicht hatte, die Universitätslaufbahn einschlagen, oder sonst wissenschaftlich tätig zu werden. Gleichzeitig bekam ich den Auftrag, das wissenschaftliche Schrifttum über die Frage der Entwicklung des staendischen Schrifttums von 1918

A.: bis 1933 nach seinen geistig-wissenschaftlichen Grundlagen durcharbeiten.
Im Verfolge dieses Auftrages war ich vom März bis April 1934 in der deutschen Bibliothek in Leipzig tätig. Ende April 1934 erhielt ich eine Einberufung in das damalige Kulturreferat im Sicherheitsamt des Reichsführers SS. Ich hatte mich zu dieser Stelle nicht beworben, war aber aus der Tätigkeit an der Universität Jena als wissenschaftliche Fachkraft empfohlen worden. Das Einberufungsschreiben lautete etwa: "Sie werden zum 1. Mai ^{München} als Hilfsfachbearbeiter in das Kulturreferat des Sicherheitsamtes ^{elaborieren}, erhalten eine Aufwandsentschädigung von 200.-- bis 250.-- Mark und können Ihre Geschäftstätigkeit fortsetzen."

Ich habe darin einen Befehl gesehen und was nicht auf den Gedanken, irgendwelche Bedenken wegen meiner beruflichen Laufbahn geltend zu machen. Dem Sicherheitsdienst gehörte ich damals nicht an. Ich war SA Rottenführer und habe im Sicherheitsamt auch zunächst in dieser Eigenschaft gearbeitet. Im Sicherheitsamt München war es zunächst meine Aufgabe, die Tageszeitungen nach Mitteilungen über kulturelle Fragen durchzusehen und wichtige Vorgänge auszuscheiden und in der bayrischen Staatsbibliothek wissenschaftliche Unterlagen einzusehen, die fuer Auskunftswecke benützt wurden.

34.7.: Darf ich Sie bitten den Begriff kulturelle Fragen etwas zu erläutern?

A.: Der Informationsdienst gliederte sich in die Gebiete: 1. Verwaltung und Recht, 2. Volkstum und Volksgesundheit, 3. Kultur und 4. Wirtschaft. Zum Gebiet der Kultur gehören: Die Sachgebiete Wissenschaft, Erziehung, Kunst und Volkskultur und Presse. Diese Aufgliederung der Berichterstattung auf kulturelles Gebiet ist aber erst im Laufe der Entwicklung erfolgt.

Damals (1934) war die Berichterstattung über kulturelle Fragen in Berlin im Aufbau. Es wurden damals in erster Linie nur Fragen der Wissenschaft und Schulfragen bearbeitet. Mir wurde bei der Einführung durch den Zentralabteilungsleiter Dr. LEPFEL, damals Standortführer, erklärt,

A.: dass es sich um eine Informationsstelle handelt, in der die fachrenden Stellen über die sie interessierenden Fragen, auch auf dem Gebiet der Kultur unterrichtet wurden.

35.F.: Meine Frage nach der Auslegung oder Erklärung des Begriffes Kulturfagen scheint mir doch noch unvollständig zu sein. Sie haben ausgelassen worauf sich das bezog.

A.: Ich wäre jetzt in einzelnen darauf gekommen, weil ich das wissenschaftliche Referat als Spezialist hatte. Ich habe in der ersten Zeit nur Akten und Sachen zusammengetragen.

36.F.: Wo war Ihre Dienststelle?

A.: Die Stelle war zuerst in München.

37.F.: Wer war ihr unmittelbarer Vorgesetzter als Sie zuerst im Mai 1936 zum Sicherheitsamt kamen in München?

A.: Mein unmittelbarer Vorgesetzter war in München der Universitätsdozent Dr. ROSEN, der damals hauptsächlich kulturelle Fragen in München bearbeitete und der sich vorher in Jena kennen gelernt hatte. Der Abteilungsleiter war Major KLEIN, aus dessen Arbeitsgebiet aber bald das Kulturreferat herausgenommen wurde. Der Zentralabteilungsleiter (oder Stabsleiter) des Sicherheitsamtes war der damalige Stabschef Leutnant.

In Berlin wurde die Berichterstattung auf kulturellem Gebiet ausgebaut. Während die Referate des Sicherheitsamtes sich anfangs in erheblichen Masse mit weltanschaulichen Fragen befasst hatten, z.B. in Verbindung mit einem Freimaurerarchiv, sollten im Kulturreferat und später entsprechend im Rechts- und Wirtschaftsreferat eine planmäßige Erfassung der Entwicklung der und Lage auf den Lebensgebieten erfolgen. Aufgabe der Sachbearbeiter auf kulturellem Gebiet war es, alle Berichte

A.: der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Vertrauensmänner auf kulturellem Gebiet zusammenzufassen und der vorgesetzten Stelle bei Wichtigkeit vorzulegen.

38.F.: Das bezog sich auf das deutsche Reichsgebiet als auch auf das Ausland?

A.: Nein. Diese Arbeit bezog sich im sog. Kulturreferat bzw. Kulturst (die Bezeichnung hat gewechselt) auf die innerdeutschen Verhältnisse. Die Auslandsfragen sind im Reichsausschreibtsamt durch besondere Abteilungen bearbeitet worden. Entsprechend meiner Vorbildung wurde ich besonders mit der Bearbeitung eingehender Berichte auf wissenschaftlichem Gebiet befaßt.

39.F.: Was verstehen Sie als wissenschaftliches Gebiet?

A.: Das Gebiet Wissenschaft umfaßt einmal Informationen über Entwicklung und Lage in Universitäten, Hochschulen, Akademien, Gesellschaften, sodann die Entwicklung in den wissenschaftlichen Fachgebieten wie Philosophie, Literaturwissenschaft, Naturwissenschaft und Berichte über wichtige wissenschaftliche Neuerscheinungen in Schriften.

40.F.: Um das alles auf einen Nenner zu bringen, könnte man doch wohl sagen, wie weit diese Entwicklung die Sie hier beschreiben, gemessen an dem Maßstab der nationalsozialistischen Weltanschauung entweder abweichen oder konform gingen, nicht wahr?

A.: Es ist nicht ganz so gewesen, also das war spezifisch die Aufgabe wegen wir der Planetenstelle ROSENBERG. ROSENBERG wollte die Entwicklung des gesamten geistigen Lebens in Verhältnis seiner Entwicklung zur Weltanschauung darlegen.

41.F.: Man jedenfalls aber, was Sie als wichtige Vorgänge bezeichnet haben, waren das doch wohl Vorgänge, die gemessen an der Ideologie die damals allgemein anerkannt wurden, jedenfalls von oben, von dieser abwichen?

2.1 Ja, es ist allgemein vielleicht zu sagen: Als ich damals in das Reichweite-
ant kam, da gab es dort noch keine Akademiker und die Einstellung vieler
Kreise der Partei und auch SS, waren wie dem geistigen Leben gegenüber
überhaupt sehr skeptisch und es waren damals erhebliche Vorurteile in
der Partei, z.B. im Kreis von Dr. LNY, die Universitäten und Hochschulen
abzubauen und andere parteigebundene Institutionen dafür einzurichten.

In der Propaganda wurden wissenschaftliche Bestrebungen vielfach ange-
griffen und geistig-führende Leute vor den Kopf gestossen.

Dies lag entwicklungsgeschichtlich nicht zuletzt daran, dass bis 1933
die Partei sich hauptsächlich aus Nicht-Akademikern zusammensetzte,
und führende Männer der Partei nicht zu den Akademikern gehörten.

Da die wissenschaftlich tätigen Persönlichkeiten gegenüber der
politischen Leitung (Ortsgruppenleiter, Kreisleiter) nicht zur Geltung
kamen und ihre Bedenken dort nicht anbringen konnten, haben viele
Wissenschaftler die Forderung zu Kreisen des Nachrichtenendienstes aufgenommen,
versuchten dort ihre Bedenken anzubringen, weil sie hofften, dass dadurch
unmittelbar die oberste Führung unter Umgehung der örtlichen politischen
Leitung unterrichtet werde. Deshalb ist von Anfang an viel kritisches
Material in das Kulturreferat gekommen. Es handelt sich bei den Bericht-
erstattern allerdings nur selten um ausgesprochene Gegner, aber um solche,
die positive (aufbauende) Kritik an den Zuständen haben sollten. Bei
den Richtlinien, die uns für unsere Arbeit gegeben wurden, wurden wir
aber angehalten, uns selbst von Werturteilen möglichst fern zu halten, son-
dern mit größter Genauigkeit die tatsächlichen Vorgänge zu schildern,
wenn dann eben auch derartige kritische Äußerungen gehörten, die als
tatsächliche Stimmung und Einstellung führender geistiger Kräfte wieder-
gegeben wurde.

Ein Nachteil war es allerdings, dass im allgemeinen derartige kritische

A.: Meldungen nicht durch besondere Untersuchungen nachgeprüft wurden, sondern diese Nachprüfung und die auch erforderlichen Massnahmen wurden den zuständigen Stellen überlassen. Auf diese Weise ist vor allem das Kultusministerium ständig über Fehlentwicklungen auf kulturellem Gebiet unterrichtet worden. Ferner wurde auch gegen die vorher erwachten Bestrebungen von Dr. LHY wiederholt Stellung genommen.

42.F.: Fahren Sie mit Ihrer beruflichen Entwicklung fort?

A.: Bis 1936 hatte ich noch eine Untersturmführer Dienststellung. Im Juni 1936 wurde ich zum SS-Untersturmführer befördert.

43.F.: Wie waren dann Ihre weiteren Beförderungen chronologisch bis zum Obersturmbannführer?

A.: 1937 bis 1938 bin ich zum Obersturmführer und Hauptsturmführer, 1941 zum Sturmbannführer und 1944 zum Obersturmbannführer befördert worden. Entgegen der mir bei Dienst Eintritt gemachten Versprechung meine berufliche Ausbildung nebenbei fortsetzen zu können, war mir die Möglichkeit einer Tätigkeit als Gerichtsreferendar nicht gegeben, teils wegen der damaligen Justizverfassung, teils wegen der arbeitsmassigen Überlastung, neben der ich auch aus gesundheitlichen Gründen nicht die Ausbildung als Gerichtsreferendar machen konnte. Ich habe meine damalige Tätigkeit, durch die ich Einblick in kulturelle Entwicklung bekam, als Ausbildung für meine beabsichtigte Universitätslaufbahn angesehen und habe seit 1936 immer wieder beantragt, mich nunmehr wieder völlig für eine wissenschaftliche Tätigkeit frei zu geben. Dies wurde in Hinblick auf den mangelhaften Personalstand immer wieder hinausgeschoben, jedoch wurde mir im Juni 1938 im Anschluss an einen 6-wöchentlichen Erholungsurlaub in Harz wegen Überarbeitung ein laufender verlängelter Urlaub zur Aufertigung seiner Doktorarbeit erteilt. Ich habe nunmehr 2 Monate in Jena und anschliessend

A.: In Berlin an der Universität gearbeitet und eine Dissertation über die geistig geschichtliche Entwicklung des ständischen Schrifttums von 1918 bis 1933 fertig gestellt. Ich habe dann am 19.5.1939 an der staatswissenschaftlichen Fakultät an der Universität in Berlin den Doktor mit dem Prädikat "sehr gut" bestanden. Kurz darauf, am 15.5.39 wurde ich auf Grund freiwilliger Meldung zur Wehrmacht eingezogen und in der Infanterie als Rekrut ausgebildet.

44.F.: Sie bekamen den Dr. rer.pol.?

A.: Nein, Dr. jur. . Vor Abschluss des Dreimonats-Kurses mit dem Ziele der Ausbildung zum Weissten, wurde die Truppe im August 1939 an die Ostgrenze verlegt und musste dort Befestigungsarbeiten an der Grenze durchführen. Am 1. September 1939 wurde die Truppe einem aktiven Infanterieregiment eingegliedert, hat die Gefechte an der Brache, Weichsel und bei der Bzura mitgemacht.

45.F.: Wehalb meldeten Sie sich als Akademiker als Rekrut zur Wehrmacht?

A.: Man war jeden anderen jungen deutschen Menschen gegenüber in einer schlechten Lage, weil uns immer gesagt wurde, wir durften uns nicht freiwillig melden, weil wir absolut gebraucht wurden fuer den Wehrdienst und 1939 kam mein Jahrgang, also 1910 sowieso war Einberufung und war sich bei dieser Gelegenheit bereit erklärte, dass er auf eine Liste der Freiwilligen kommt, hatte er die Möglichkeit in der Wehrmachtsausbildung nicht nur die allgemeine Ausbildung, sondern eine gewisse Fortbildungskursus zu machen. Jeder Akademiker hatte sich an sich damals freiwillig gemeldet, um später mal Offiziersanwärter zu werden. Zur Waffen-SS war damals keineswegs geworben worden, das war damals eine ganz kleine Gruppe.- Die Gruppe wurde dann an die Westfront verlegt. Im November 1939 erhielt die Gruppe einen Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes, sich als Fachkraft zum Dienst in

A.: der Heimat abzustellen und dies erfolgte im Dezember 1939.-

Ich habe, nachdem ich praktisch ueber 1 1/2 Jahre, wo ich nicht im Dienst
tastig war, nicht mehr die anderseitig besetzten Aufgaben wahr genommen.
Bei Beginn des Krieges hatte das Amt III des Reichssicherheitshauptamtes
eine allgemeine Lageberichterstattung in den sog. "Meldungen aus dem
Reich" eingerichtet, die den verschiedenen zuständigen Ministerien
zugeliefert wurden.

46.F.: Sie kamen im Dezember 1939 zum Amt III des Reichssicherheitshauptamtes?

A.: Jawohl.

47.F.: Bis wie lange waren Sie im Amt III?

A.: Bis zum 1. April oder 1. Mai 1941. Ich wollte das ausuehren, ich habe
im Amt III dann bekommen die Durchsicht der Doppel der Lageberichte auf
auf kulturellen Gebiet, um eine Statistik, eine Sachkartei und einen
Aktensplan anzulegen und Fehlquellen der Berichterstattung nachzugehen.

48.F.: In welcher Gruppe des Amtes III waren Sie?

A.: Gruppe III, Kultur, teilweise hies es III A und zuletzt III C und dann
hatte ich III C2, das sind Sonderfragen oder Lageinspektion Kultur,
das wurde als Hilfsreferat bewilligt, diese Planstelle. In jeder Gruppe
war ein solches Hilfsreferat eingerichtet. Es hatte die Aufgabe sehr
neben dienstliche Unterlagen, besonders der Lageberichterstattung, zu bear-
beiten. Die Sachbearbeitung selbst lag bei den einzelnen Sachreferaten
und wurden von diesem Hilfsreferat nicht wahr genommen.

49.F.: Sie sagten es wurde dann spaeter in ein regelrechtes Referat umbenannt?

A.: Nein, Hilfsreferat, nach dem Geschaeftsverteilungsplan muess es Hilfs-
referat gewesen sein, III C2.

50.F.: Wer war Gruppenleiter von III C?

A.: SPINDLER.

51.F.: Ihr Referat III GS war SPENGLER direkt unterstellt?

A.: Ja; genau genommen Hilfsreferat war diese Bezeichnung.

52.F.: War vor Obersturnbauführer?

A.: Er war damals Obersturnbauführer, das ist er 1940 geworden.

Dann erhielt ich im Januar oder Februar 1941 die Mitteilung, dass die Parteikanzlei beauftragt hat, mich dorthin zur Dienstleistung abzustellen. Das Amt III hat damals dagegen zunächst Stellung genommen aus Gründen des Personalmangels und da ich vorgesehen war fuer das Referat III A 1 "Allgemeine Lebensgebietsfragen". Dieser Referat sollte erst aufgebaut werden und sollte die Erfahrungen, die in den Sonderreferaten fuer Fragen der Lageberichterstattung (III GS usw) gewonnen waren, verwerten. Da mir selbst die rein organisatorische Arbeit nicht recht lag, habe ich es selbst begruenzt, dass ich durch die Versetzung in die Parteikanzlei einen anderen Aufgabenkreis kennen lerne. Ich bin dort in die Parteikanzlei wahrscheinlich auf Grund meiner wissenschaftlichen Taetigkeit gekommen, da mich verschiedene Herren der Parteikanzlei aus meiner staatswissenschaftlichen Taetigkeit kannten und Fachkraefte fuer die staatsrechtliche Abteilung gesucht wurden. Ich wurde sofort zur staatsrechtlichen Abteilung der Parteikanzlei kommandiert. Diese hatte die Aufgabe 1.) die durch Reichsgesetz vorgeschriebene Mitwirkung der Partei in der Gesetzgebung, 2.) die durch Reichsgesetz vorgeschriebene Mitwirkung der Partei an der Nennung und Befoerderung der Beamten zu erledigen und 3.) allgemeine staatsrechtliche Fragen, die in Zusammenarbeit von Partei und den Staatsbehoerden entstanden, zu bearbeiten. Die staatsrechtliche Abteilung setzte sich nicht aus hauptsaechtlich politischen Leitern zusammen, sondern aus Beamten. In ihr waren daher vorwiegend die Erfahrungen des Beamtenwesens vertreten. Ihr gegenüber

A.: stand die politische Abteilung, in der alle politischen Fragen, vor allem die Parteiführungsfragen bearbeitet wurden.

53.F.: Wer war Ihr Vorgesetzter in der staatsrechtlichen Abteilung?

A.: Der Leiter der staatsrechtlichen Abteilung war Staatssekretär Dr. KLOPPER, damals Ministerialdirigent, war sein Vorgesetzter.

54.F.: Bis wie lange waren Sie Angehöriger der staatsrechtlichen Abteilung in der Parteikanzlei?

A.: Ich war bis zum Erliegeende in der staatsrechtlichen Abteilung.

Meine Aufgabe in der staatsrechtlichen Abteilung war 1.) staatswirtschaftliche Ausarbeitung auf Grund von Institutsberichten, Neuerechnungen usw. 2.) Die Bearbeitung eines Archives von Gesetzesblättern und Zeitschriften fuer die einzelnen Referate der staatsrechtlichen Abteilung, einschliesslich ein Archiv von Landkarten mit Organisationsgrenzen und 3. Weitergabe, zum Teil Zusammenfassung und Aufteilung von Berichtsmaterial fuer die Referate der staatsrechtlichen Abteilung (Verwaltung, Wirtschaft, Recht, Kultur, Finanz). Auf Grund meiner fruheren Taetigkeit im Amt III habe ich hierbei mich besonders bemuht, die kritischen Berichte des Amtes III ueber die Fragen von 2. oht, Verwaltung, Kultur und Wirtschaft den Sachbearbeitern der staatsrechtlichen Abteilung zur Verfuegung zu stellen. Diese waren in erster Linie auf die Berichte der Gauleitungen angewiesen, die naturgemass einseitig den Standpunkt des politischen Leiter-Korps wiedergaben; als Gegengewicht zu diesen Berichten konnten die Meldungen des Amtes III, gelten, welche die Einstellungen und Beschwerden weiter Volkskreise auch ausserhalb des politischen Leiter-Korps wiedergaben. Ich glaube, dass ich dadurch an der Aufdeckung mancher Mistaende mittelbar beigetragen habe. Einen Einfluss auf die Sachbearbeitung selbst hatte ich nicht,

A.: weil diese ausschließlich in den Sachreferaten bearbeitet wurde und Fragen politischer Natur federführend bei einer anderen Abteilung der Parteikanzlei lagen.

55.F.: Was war Ihr offizieller Titel?

A.: Mein offizieller Titel war Regierungsrat, Abschnittsleiter und Reichshauptstellenleiter.

56.F.: Seit wann waren Sie Regierungsrat?

A.: Regierungsrat bin ich seit 1942 gewesen.

57.F.: Haben Sie inzwischen ein 44 Assessor-Kreuzen gesucht?

A.: Nein. Die Ernennung zum Regierungsrat erfolgte auf Grund einer allgemeinen Anordnung über außerplanmäßige Ernennung von Beamten, mit Rücksicht darauf, dass ich lange Jahre in einer Reichsbehörde nach meinem Examen als Gerichtsreferendar gearbeitet hatte und meine fachliche Fähigkeiten auch 1939 durch die Doktorprüfung unter Beweis gestellt hatte.

58.F.: Wer schlug Ihre Ernennung zum Regierungsrat vor?

A.: Meine Ernennung zum Regierungsrat schlug meines Vorgesetzten Staatssekretär KLOPPER vor. Ich kann es nicht genau sagen. Es ist hin und her gegangen. Es war mal die Absicht gewesen ¹⁹⁴⁰ mit 1940 zum Regierungsrat einzugehen, das scheiterte daran, dass der Sicherheitsdienst damals keine Planstelle hatte, sondern lediglich über SS-Führerplanstellen verfügte. Es ist es erst auf Grund der Einwirkung der Parteikanzlei gelungen die Ernennung zum Regierungsrat durchzusetzen, die ich selbst unterzeichnet habe, weil bei der Entwicklung des Krieges an eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Laufbahn nicht zu denken war und um mir die Möglichkeit einer Gründung und Sicherung der Familie zu erwerben.

59.F.: Sie wurden seit 1942 dann also nach der Besoldungsgruppe des höheren

Stenistgrades nach AG23 bezahlt?

A.: Ich war beurlaubt fuer den Beamtendienst. Mein Dienstalter als Regierungs-
rat war sehr unguenstig, fuer Mai 1942 festgesetzt worden, dass ich
bei der Ueberfuehrung in die Besoldung als Regierungsrat erheblich
weniger Gehalt bekommen haette und dies sollte versiedet werden.
Mir wurde gesagt, dass ich kein hauptamtlicher Angestellter der Partei
sei, sondern lediglich beurlaubt und in meinen Anspruechen auf die
Besuege als Regierungsrater nach AOBH angewiesen sei. Praktisch habe
ich bis 1944 etwa ein Nettogehalt von 330.-- bis 360.-- Mark bekommen,
nach meiner Heirat und einer Besoldungsverbesserung sind 1944 meine
Besuege auf netto etwa RM. 600.-- gestiegen.

60.F.: Wer zahlte das aus?

A.: Das erhielt ich vom Reichssicherheitshauptamt nach den Grundsatzen der
Besoldungsordnung des Reichsschatzmeisters, als SS-Sturmabfuhrer
und spaeter als SS-Obersturmbannfuhrer.

61.F.: Sie wurden bis Kriegsende vom Reichssicherheitshauptamt bezahlt?

A.: Ja wohl.

62.F.: Wieviel Sachbearbeiter arbeiteten fuer Sie in der Parteikanzlei?

A.: Ich hatte in der Parteikanzlei bis Kriegsende keinen voll akademischen
Sachbearbeiter, sondern lediglich Hilfsfachbearbeiter und teilweise
einen Kartenteichner.

63.F.: Wieviel Hilfsfachbearbeiter unterstanden Ihnen?

A.: Mir unterstanden 2 Hilfsfachbearbeiter, der eine davon ^{ist} aber obwohl
er seit 1942 dort gefuehrt wurde, nur wenig taetig gewesen, da er als
schwer krankenkranker lange Zeit im Sanatorium gewesen ist.

64.F.: Sie hieszen diese beiden Hilfsfachbearbeiter?

A.: Der eine hiesz Adolf WILB.

65.F.: Dienstgrad?

A.: Er war Schriftleiter von Beruf und Dienstgrad glaube ich Hauptsturmfuehrer.

66.F.: Welches Gebiet hatte er?

A.: WILL hatte die Aufgabe die Zeitschriften durchzusuchen und Ausschnitte zu machen, um sie den Sachreferenten zur Verfügung zu stellen. Der Kartenzeichner ist in München vom Landesamt fuer Kartenaufnahmen abgestellt worden, er war meines Wissens Oberschreiber und erhielt seine Befehle von seiner bisherigen Dienststelle. Sein Name ist mir nicht in Erinnerung. Wenn Sie Wert darauf legen, kann ich nach Hause schreiben.

67.F.: Und der zweite Hilfsfachbearbeiter?

A.: War KLAUS Friedrich, von Beruf kaufmännischer Angestellter, SS-Hauptsturmführer. Die Stenotypistinnen haben gewechselt. Da war ein grosser Zimmer von etwa 10 Stenotypistinnen, die wurden den einzelnen Referenten zur Verfügung gestellt. Das hat gewechselt. Sie hatten dann die Aufgabe diese Gesetzesblätter und Zeitschriften zu verteilen auf die einzelnen Referate. Die haben das nach einem bestimmten Verteilerplan gemacht.

68.F.: Sie erhielten täglich Berichte von Amt III des Reichssicherheitshauptamts?

A.: Wochentlich erhielt ich Berichte von Amt III des Reichssicherheitshauptamts, dann Auszüge von der politischen Abteilung aus Berichten der Bauleitungen, welche das Arbeitsgebiet der staatsrechtlichen Abteilung betrafen und Institutsberichte staatswissenschaftlicher Art, Beschwerden von Volksgenossen, teils unmittelbar an die Parteikanzlei gerichtet, teils von anderen Dienststellen der Parteikanzlei zugeleitet, wesentlichen wichtigen Gesetzesblätter, Verordnungsblätter und allgemeine Zeitschriften.

69.F.: Welcher Art Natur waren diese Beschwerden?

A.: Es handelte sich hierbei um Beschwerden von Volksgenossen, die z.B. auf Wirtschaftseinstern schlecht behandelt worden waren, oder die Kritik an

A.: Verwaltungsanordnungen erheben, Beschwerden von Angehörigen Gefallener ueber die mangelnde Versorgung, Steueransehen. Ich bin selbst in diese einzelnen Beschwerden nicht rein gestiegen. Ich musste sehen, ob es wirtschaftliche, rechtliche oder Organisationsangelegenheiten waren. Das wurde dann den Referaten zugeleitet.

70.F.: Sie bekamen von Amt III doch häufiger Berichte als wöchentlich?

A.: Es sind zwei Mal wöchentlich von Amt III die Meldungen aus dem Reich gekommen. Diese enthielten Berichte ueber wirtschaftliche Fragen, rechtliche, Verwaltungsfragen und Finanzfragen. Es war meine Aufgabe festzustellen, welche Referate fuer die einzelnen Fragen zuständig waren und Auszüge oder Ausschnitte teilweise auch Zusammenfassungen zu fertigen. Da ein grosser Teil der Berichte mehrere Referate anging, musste hier auch sorgfältig auf die Federführung geachtet werden. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um Berichte, die bereits unmittelbar den zuständigen Staatsstellen vom Reichssicherheitshauptamt zugeleitet worden waren, deren Kenntnis aber fuer die Parteikanzlei von Bedeutung war, in Rahmen der laufenden Besprechungen der Sachreferate der staatsrechtlichen Abteilung mit den zuständigen Reichsbehörden. Ferner wurden gesonderte Berichte ubermittelt, die den Arbeitsbereich der Partei selbst betrafen. Es handelte sich hierbei in erster Linie um Berichte ueber Verfehlungen politischer Art. Diese Berichte wurden von dem zuständigen Referat der staatsrechtlichen Abteilung mit den entsprechenden Parteidienststellen besprochen, damit die notwendigen disziplinarischen Forderungen erfolgten.

71.F.: Wie oft berichtete das Amt III ueber Parteifragen, die sich auf besetzte Gebiete bezogen?

A.: Das ist schwer zu sagen, weil das sehr gewechselt hat. Die Berichterstattung des Amtes III ueber Entwicklung besonders den besetzten Gebieten,

A.: setzte erst allmählich ein, weil offensichtlich dort erst der Informationsapparat aufgebaut werden musste. Die Berichte umfassten im Vergleich zu den Berichten über Inlandsfragen einen verhältnismässig geringen Prozentsatz, etwa 1/20. Mir ist z.B. ein eingehender Bericht über korruptive Berechnungen in den besetzten Gebieten in Erinnerung.

72.F.: Waren die Berichte, die das Amt III schickte getrennt nach Inlandsfragen, also parteipolitischen Fragen bezüglich des Reichsgebietes und der besetzten Gebiete?

A.: Regelmässige periodische Berichte erfolgten nur über Inlandsfragen in den Meldungen aus dem Reich. In den Meldungen aus dem Reich waren keine besonderen Abschnitte für besetzte Gebiete enthalten. Jedoch bei der Berichterstattung z.B. über Mangel an bestimmten Rohstoffen, waren auch Tatsachen aus den besetzten Gebieten eingearbeitet.

73.F.: Nun, ich möchte da gerne etwas mehr spezifisch, detaillierte Punkte bezüglich der Berichterstattung. Über welche Länder hat das Amt III berichtet?

A.: Das Amt III war nach meiner Erinnerung für die besetzten Gebiete zuständig in denen Abteilungen des EK tätig waren, wie z.B. von Polen, über Holland, während Frankreich auch nach seiner Besetzung noch teilweise von Amt VI bearbeitet war.

74.F.: Und teilweise von Amt III?

A.: Ja.

75.F.: Wie war die Entwicklung der Berichterstattung bezüglich Frankreich?

A.: Ich selbst kann mich tatsächlich an keinen Bericht erinnern von Frankreich, während ich von Holland weiss, dass manchmal Berichte gekommen sind. Die zusammenfassenden Berichte der besetzten Gebiete, z.B. über Holland erfolgten nach meiner Meinung durch die örtlich zuständigen Befehlshaber.

A.: Aus diesen Berichten wurden gelegentlich vom Amt III Fragen herangegriffen, die die Parteikanzel interessierte.

76.F.: Diese Frage bezog sich doch vor allen Dingen auf nationalsozialistische Organisationen, bzw. Parteien ^{die} in den besetzten Gebieten bestanden?

A.: Nur Holland weis ich das.

77.F.: Nun das trifft doch auch für Belgien zu?

A.: Ja.

78.F.: Das trifft auch für Frankreich zu?

A.: Da ist mir kein Bericht in Erinnerung - dass ein Bericht über irgendwelche nationalsozialistische Bestrebungen gewesen ist.

79.F.: Was Berichte von der Schweiz?

A.: Das trifft bestimmt nicht zu.

80.F.: Sie irren sich nicht?

A.: Es ist dabei eins zu berücksichtigen, ich habe nicht sämtliche Berichte des Reichssicherheitshauptamtes bekommen, sondern die Berichte wurden unmittelbar dem Reichsleiter BORMANN bzw. durch die Registratur den einzelnen Sachreferaten zugeleitet. Die politische Abteilung hat die Berichte vom Reichssicherheitshauptamt unmittelbar erhalten, wobei sich gingen hauptsächlich die Berichte über die Meldung aus dem Reich, die als Handelsberichte verteilt werden mussten. Aus dem Westen sind mir im Augenblick nur Berichte in Erinnerung, die sich gegen die Tendenz der Parteibeauftragten in den Niederlanden richteten, einseitig auch auf die in der Bevölkerung wenig angeschene ROUSSARD-Bewegung stützten, anstatt unsere aufbauwilligen Kräfte mit heranzuziehen. Diese Frage wurde von der politischen Abteilung bearbeitet und es wirkten sich hier die Meinungsverschiedenheiten aus, die gerade in diesen Fragen in den örtlichen Stellen bestanden.

81.F.: Sie haben doch auch Berichte von den skandinavischen Ländern von Amt III bekommen?

A.: Allgemeine Lageberichte nicht. Was ich glaube ich die Volkstumsreferate-

82.F.: Spezifische Berichte über die Entwicklung der Lage der Aufgaben des Amtes III in diesen Ländern?

A.: Kann ich mich nicht entsinnen.

83.F.: Geringe ueder Norwegen, wahrscheinlich auch Schweden und Dänemark?

A.: Dänemark ist mir bekannt, insoweit, es waren aber keine grossen zusammenfassenden Berichte, es waren gelegentliche Stellungnahmen, in denen darauf hingewiesen wurde, dass die ganze Arbeitsweise und Organisation der deutschen Verwaltung in Dänemark viel besser sei, als in anderen besetzten Gebieten, weil die Deutschen Bevollmächtigten sich nicht auf eine Minderheit stützten, sondern durch offizielle Zusammenarbeit mit den in ihrer Wirksamkeit nicht bevollmächtigten örtlichen Stellen zusammenarbeiteten.

84.F.: Auch ueder Schweden kamen Berichte?

A.: Das halte ich fuer uns ganz ausgeschlossen.

85.F.: Norwegen?

A.: Halte ich auch fuer ausgeschlossen. Es wurde zwar immer wieder auschtig geschickt ueder Norwegen. Ich selbst habe keine Berichte bekommen. Es kann sein, dass solche unmittelbar an diese politische Abteilung gegangen sind und die diese ausgewertet haben. Bei diesen Beispielen die mir noch in Erinnerung sind, von Dänemark und Holland, waren es mehr Viedergaben der örtlichen Verwaltung und keine eingehende und politische Berichterstattung wie wir es ueder die Inlandgebiete hatten, weil ja die Parteikansleien in den besetzten Gebieten keine unmittelbare Funktionen hatte.

86.F.: Haben Sie auch von den einzelnen Organisationen, die in diesen besetzten

56.F.: Gebieten erarbeitet, ich denke jetzt an DEURELL und diese Leute,
diese Berichte bekommen?

A.: Nein. Diese Frage der besetzten Gebiete wurde durch die politische
Abteilung bearbeitet, die ihre Berichte von den entsprechenden Planstellen,
wie Auslandsorganisation erhielten. Die Fortleitungsauftragten in den besetzten
Gebieten hatte nach meiner Erinnerung eine ähnliche Aufgabe wie die
Auslandsorganisation, nämlich der Betreuung der Reichsdeutschen.
Eine Mitwirkung der Parteikanzlei bei den Gesetzen und Verordnungen in
den besetzten Gebieten erfolgte nach meiner Erinnerung grundsätzlich
nicht, da die Reichskommissare von den Ministerien selbstständig waren
und die Reichskommissare bei einer Rechtssetzung nicht an die Zu-
stimmung der Ministerien gebunden waren.

57.F.: Wir müssen fuer heute morgen abbrechen. Lassen Sie sich diesen Fragen-
komplex der Berichterstattung in einzelnen nochmals durch den Kopf gehen.
Es ist nicht so einfach das auf den Anhieb praesent und in einzelnen zu
behandeln. Wir werden uns dann in den naechsten Tagen noch einzelsprechen.

Intensiv v. 23.5.48

ZS-1012-21

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Interrogation # 1321.Dr. Kampner - Ministry Division.

Vernehmung des Justus BEYER vom 22. Mai 1947
von 14 Uhr bis 15 Uhr 20 durch Hr. BEAUVAIS.
Frl. Barmann, Stenografin.

1. F. Was ist Ihr voller Name?

A. Dr. Justus BEYER.

2. F. Letzter Dienstgrad?

A. SS-Obersturmbannführer, Regierungsrat, Abschnittsleiter und Reichshauptstellenleiter.

3. F. Stehen Sie auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie den Eid: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.

A. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.

4. F. Sie wissen, dass Unterlassungen in Ihrer Aussage unter Eid als ebenso schwere Eidverletzung betrachtet werden, wie eine falsche Aussage unter Eid?

A. Ja.

5. F. Haben Sie das Empfinden, dass Sie Verpflichtungen oder Bindungen zu Lebenden oder Verstorbenen haben, die Sie in Konflikt mit Ihrem Schwur bringen und Sie daran hindern könnten, die volle Information zu geben, nach der Sie gefragt werden?

A. Nein.

6. F. Ich möchte Ihnen einleitend sagen, dass mich bei dieser Vernehmung Ihre Person überhaupt nicht interessiert. Was mich anbetrifft, sind Sie fuer mich nur Zeuge. -

Wann sind Sie geboren?

A. 16. April 1910 in Scherow (Pommern) als Sohn des Pfarrers Justus BEYER.

7. F. Wann sind Sie in die Partei eingetreten?

A. 1. 12. 1931.

8. F. Wann sind Sie in die SS eingetreten?
- A. Juni 1934.
9. F. SD?
- A. In die Dienststelle des SD bin ich gekommen im Mai 1934.
10. F. In welche Dienststelle? In Berlin?
- A. In das Sicherheitsamt in Muenchen. So hiess es damals.
11. F. Wie sind Sie dann in die Parteikanzlei gekommen?
- A. Ich bin in die Parteikanzlei gekommen durch einen Antrag der Parteikanzlei bei meiner Dienststelle, dem RSHA im April 1941. Ich bin dort einigen Herren der Parteikanzlei bekannt gewesen durch meine staatsrechtlichen Veröffentlichungen.
12. F. Welchen Herren?
- A. Regierungsrat KNOEPFEL. KLOPPER habe ich damals noch nicht gekannt. Ich habe ihn erst kennengelernt als davon gesprochen wurde, dass ich herüber kommen sollte und ich wurde ihm durch KNOEPFEL in Berlin vorgestellt. Meine Dienststelle hat zunächst Einspruch erhoben, weil ich dort fuer kulturelle Zwecke verwendet wurde und eingearbeitet war als Sachbearbeiter. Aber die Abstellung erfolgte dann doch, weil die Obersten Reichsbehoerden verpflichtet sind, der Parteikanzlei Beamte, die sie fuer irgendwelche Zwecke brauchte, abzustellen.
13. F. Wann war das?
- A. Ich bin zur Parteikanzlei gekommen Anfang April 1941.
14. F. Wie lange waren Sie in der Parteikanzlei?
- A. Ich bin bis zum Schluss in der Parteikanzlei geblieben.
15. F. Mit welchen Unterbrechungen?
- A. Ohne Unterbrechungen.
16. F. Was haben Sie gemacht, bevor Sie in die Parteikanzlei kamen?
- A. Bevor ich in die Parteikanzlei kam war ich im Sicherheitsamt, spaeater RSHA, Sachbearbeiter in der Hauptabteilung Kultur zuletzt, d.h. seit meiner Rueckkehr vom Frontdienst im Kriege in einem Hilfsreferat fuer allgemeine Fragen der kulturellen Lageberichterstattung in der Hauptabteilung Kultur des RSHA.
17. F. Wo waren Sie im Frontdienst?
- A. Im Frontdienst bin ich in Polen gewesen. Ich war bei der Wehrmacht und da ich

erst im Mai 1939 die erste Übung machte, habe ich den Frontdienst als Schutze der Wehrmacht mitgemacht bis Dezember 1939 und wurde zu diesem Zeitpunkt vom Heer abgestellt als Fachkraft zur RSHA.

18. F. Von da an sind Sie dann dort geblieben?

A. Von da an bin ich beim RSHA geblieben bis zu dem Zeitpunkt der Ueberstellung zur Parteikanzlei.

19. F. Sie haben in der Parteikanzlei Referat III V gehabt?

A. Ja.

20. F. Worin hat da Ihre Taetigkeit bestanden? Warum hieess das III V?

A. Das war ein ziemlichher Zufall. Zuerst hieess es III S als Sonderreferat. Spaeter wurde eine andere Bezeichnung gewaehlt. Ich war Berichtsverteilungsstelle.

21. F. Worin hat Ihre Taetigkeit bestanden?

A. Erstens hatte ich in der Staatsrechtlichen Abteilung das Archiv zu verwalten, das Zeitschriften, Gesetzesblaetter, Verordnungsblaetter und Mitteilungsblaetter der verschiedensten Behoerden fuehrte, die laufend den einzelnen Sachreferaten der Parteikanzlei zur Verfuegung gestellt wurden. Zweitens hatte ich zu betreuen ein Kartenarchiv der Staatsrechtlichen Abteilung, in dem Organisationskarten der verschiedenen Behoerden gesammelt waren.

22. F. Was heisst das?

A. Es war das Beduerfnis in der Verwaltungsorganisation des Reiches, dass die Mittelinstantz ausserordentlich kompliziert gestaltet wurde dadurch, dass die verschiedenen Reichsressorts nicht einheitlich regional gegliedert waren, sondern die Bezirke der Wirtschaftsmyster, Arbeitsmyster, der Verkehrsorganisation, der Gerichtsbarkeit ueberschnitten sich sehr stark in der Mittelinstantz und im Rahmen der Vorbereitung einer Reichsreform hat sich die Staatsrechtliche Abteilung bemueht, die Grenzuueberschneidungen zu beseitigen, um eine staerkere Dezentralisierung der Verwaltung zu erreichen. Zu diesem Zweck waren auf Landkarten genau die verschiedenen Organisationsysteme fuer jede einzelne Verwaltung eingezeichnet. -

Drittens wurde ich dann befaest mit Gutachten staatswissenschaftlicher Natur ueber verwaltungsgeschichtliche Fragen, wobei allgemein zu ergaenzen ist, dass ich an sich beabsichtigte, zur Universitaet zu gehen und mich wissen-

schaftlich weiterzubilden und dass diese Aufgabe daher besonders im Rahmen meiner Vorbildung lag. Diese Tätigkeit betraf z.B. Zusammenfassung von Institutsberichten, Berichten ueber neue staatswissenschaftliche Veroeffentlichungen, dann Begutachtung von Artikeln in Lexikas ueber staatsrechtliche Fragen und bibliographische Nachweise fuer die Referate. Viertens war mit III V eine Berichtverteilungsgestelle verbunden, in der Berichte saemtlicher Art auf die verschiedenen Referate der Staatsrechtlichen Abteilung verteilt wurden. Ich habe hierbei besonders auch bei der Verteilung der Berichte des Amtes III des RSSt mitgewirkt, zu deren Dienstbereich ich fruher gehoerte. In erster Linie fielen darunter die "Meldungen aus dem Reich", ein- bis zweimal woechentlich erscheinende periodische Berichte ueber Fragen der allgemeinen Stimmung, Recht und Verwaltung, Volksgesundheit, Wirtschaft, Finanz und Kultur. Diese Berichte waren als Sammelberichte nicht getrennt fuer die einzelnen Referate unbrauchbar; es musste festgestellt werden, welche Referate an den einzelnen Sachgebieten beteiligt waren. Diese Berichte wurden dann von mir im Ausschnitt oder Auszug oder Zusammenfassung den Sachreferaten der Parteikanzlei zur Verfoegung gestellt. Ich habe mich dieser Aufgabe besonders intensiv angenommen, da die Referate der Parteikanzlei in erster Linie ihre Informationen von den Gauleitern bekamen, die naturgemasse den Standpunkt des Politischen Leiterkorps einseitig vertraten. Durch die Berichte des "Nachrichtendienstes der Partei" sind nunmehr auch den Sachreferaten der Parteikanzlei Berichte zugegangen ueber die Stellungnahme von Bevoelkerungskreisen ausserhalb des Politischen Leiterkorps zu den Massnahmen von Partei und Staat, insbesondere auch kritische Meldungen. Die oertliche Berichterstattung des SD war der Kontrolle der oertlichen Hoehheitstraeger nicht unterworfen, sodass auf diesem Wege auch ungeschmaekte Kritik an die Fuehrung gelangen konnte, die ueber die Hoehheitstraeger naturgemasse oft zurueckgehalten wurde, weil diese ja selbst verantwortlich waren und erst einmal versuchen mussten, Maengel abzustellen. Ich habe in diesem Referat auch Fragen der Einstaendigkeit zwischen Partei und Nachrichtendienst bearbeitet, wobei die Federfuehrung aber auch hier, wie ueberhaupt in allen politischen Fragen der Parteikanzlei, nicht bei der Staatsrechtlichen, sondern der Politischen Abteilung gelegen hat.

23. F. Sie waren doch wie alle diese an die Parteikanzlei abgeteilten Beamten der Verbindungsmann Ihres Ressorts zur Partei?
- A. Ja. Ich hatte die Verbindung zum Amt III des RSNA.
24. F. Nur zu Amt III?
- A. Jawohl, staendig nur zu Amt III.
25. F. Wer war Verbindungsmann zu Amt IV?
- A. Fuer Amt IV hatte der Reichsleiter BORMANN eine unmittelbare Verbindung zu einem Sachbearbeiter von Gruppenfuehrer MUELLER.
26. F. Wie hiesse der?
- A. Das war meines Wissens ein Stabschefsaefuehrer SANDER.
27. F. Der war im RSNA?
- A. Der war im RSNA. Ich darf dazu noch sagen: Hr. KLOPPER hat gewünscht, dass ich nicht von einer Bezeichnung eines Verbindungsfuehrers Gebrauch machen darf, sondern nur als Sachbearbeiter der Dienststelle selbst in Erscheinung trete.
28. F. Das waren Sie ja alle.
- A. Ja, aber es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass die einzelnen Sachbearbeiter der Parteikanzlei sozusagen Interessenvertreter ihrer fruheren Behoerde sind, sondern Hr. KLOPPER hat immer Wert darauf gelegt, dass die einzelnen Sachbearbeiter von den Ministereien sich bemuehen, einen uebergeordneten Standpunkt einzunehmen. 1943 oder 1944 wollte Reichsleiter BORMANN genauer unterrichtet werden ueber polizeiliche Fragen und hat daher damals angeregt, dass ich selbst staendig ueber bestimmte Fragen des Amtes IV des RSNA ihn unterrichte. Ich habe das damals abgelehnt, weil ich niemals in der Staatspolizei gearbeitet habe und auch aus Gruenden der Arbeitsueberlastung mein Aufgabengebiet nicht ausdehnen wollte. Daraufhin wurde die bereits erwahnte Regelung besprochen, dass ein Sachbearbeiter des Amtes IV unmittelbar Reichsleiter BORMANN zu Rueckfragen zur Verfuegung steht.
29. F. Von wann ab war das?
- A. 1943 oder 1944. Das kann ich nicht mehr genau sagen. Ich habe dann auch bei Hr. KALTENBRUNNER vorgesprochen, diese Abstellung erreicht und er sagte mir damals, dass ich nur fuer das Amt III zustaeendig sei, auch fuer Auslandsfragen beduerfe es keiner besonderen Verbindung, da die Partei sich damit

nicht befasste. Ich bin aber natürlich auch verschiedenen Herren des Amtes IV bekannt gewesen und in einigen Fällen sind auch Berichte des Amtes IV z.B. ueber Personalfragen an meine Anschrift gerichtet worden, die ich dann dem zuständigen Sachbearbeiter der Parteikanzlei weiterleitete.

30. F. Wenn KLOPPER irgendeine Sache zu bearbeiten hatte, die RSHA-Boden beruehrte, wer ist dann eingeschaltet worden?

A. Es kam auch darauf an, um was fuer ein Sachgebiet es sich handelte. Ein erheblicher Teil, man kann sagen etwa 80% der Anfragen der Parteikanzlei beim RSHA betrafen Ernennungs- und Befoerderungsfragen von Beamten.

31. F. Wer war uebergeordnet? Parteikanzlei oder RSHA? Wer konnte was sagen, was sie zu tun hatten?

A. Ein gegenseitiges Weisungsrecht bestand nirgends.

32. F. Wer war der Staerkere?

A. Es ist schwer zu sagen, denn der Oberste des Apparates der SS war der Reichsfuehrer SS und der Oberste der Parteikanzlei war BORMANN und zwischen beiden war vielfach ein Spannungsverhaeltnis und es kam auf die augenblickliche Situation an.

33. F. Es ist eine bekannte Tatsache, ueber die wir uns nicht mehr zu unterhalten brauchen, dass in der Loesung der Judenfrage das RSHA federfuehrend war.

A. Ja, natuerlich.

34. F. Es ist auch bekannt, dass die Parteikanzlei in die Loesung der Judenfrage eingeschaltet war.

A. Ja. Ich weiss nicht, was Sie umfassen mit "Loesung der Judenfrage".

35. F. Das ist ein absolut definierter und unmissbarer Begriff. Der ist nicht von mir erfunden.

A. Sie meinen den Begriff, der in der Presse zum Begriff geworden ist, naemlich Juden aus der Welt zu schaffen oder gegen sie in den KZ's vorzugehen?

36. F. Ich meine damit das, was HEYDRICH die Endloesung der Judenfrage genannt hat.

Ich habe Ihnen am Anfang der Vernehmung gesagt, dass ich an Ihrer Person nicht interessiert bin. Mich interessiert lediglich das Personal der Parteikanzlei, das natuerlich versucht ist, das bequem in den Schooss des RSHA zu legen. Es ist aber aktenmassig schon belegt, dass Sie schon etwas damit zu tun gehabt haben. Sie waren ein RSHA-Mann in der Parteikanzlei.

A. Ich wurde als solcher angesehen, weil das meine Heimatbehörde war.

37. F. Es ist anzunehmen, dass Sie mir an dem Punkt etwas sagen können.

A. Natürlich.

38. F. Und ich hoffe, dass Sie mir das offen sagen werden.

A. In der Parteikanzlei hat ein eigentliches Judenreferat meines Wissens nicht bestanden. Die Parteikanzlei gliederte sich in die verschiedenen Sachgebiete wie Wirtschaft, Verwaltung, Personalfragen. Judenfragen konnten unter den verschiedenen Gesichtspunkten an die Zuständigkeit der Parteikanzlei kommen. Binsal oblag der Parteikanzlei die Mitwirkung bei Beamten-ernennungen. Wenn also hier ein Beamter juedisch verheiratet war, wurde die Parteikanzlei befasst, wenn z.B. irgendein Ernennungsvorschlag erfolgte. Die Federfuehrung hierzu lag jedoch beim Reichsinnenministerium. Die andere Aufgabe der Parteikanzlei, die Mitwirkung bei der Gesetzgebung, fuehrte es mit sich, dass alle Gesetze und Rechtsverordnungen, die sich mit Judenfragen befassten, auch der Parteikanzlei zur Stellungnahme vorgelegt wurden. An der Bearbeitung dieser Verordnung oder dieses Gesetzes ist dann das entsprechende Referat (z.B. Rechtsreferat, Verwaltungsreferat) der Parteikanzlei beteiligt gewesen. -

Zur Frage der Judenbehandlung ist allerdings zu sagen, dass scheinbar die wesentlichsten Verordnungen auf diesem Gebiet nicht in Form von Rechtsverordnungen ergangen sind, sondern in Form von Entscheidungen oder vertraulichen Verfügungen, sodass ich annehme, dass gerade bei den entscheidenden, heute zum Vorwurf gemachten Massnahmen die Staatsrechtliche Abteilung der Parteikanzlei nicht eingeschaltet war. Aus dem Bereich der Staatsrechtlichen Abteilung waren die Anordnungen der Wehrmacht, des ausserartigen Amtes und auch des Reichsfuehrers SS als Chef der Deutschen Polizei ausgenommen. Das RSHA pflegte grundsätzlich bei seinen Anordnungen nicht die Parteikanzlei zu beteiligen, ja die Parteikanzlei nicht von den Anordnungen laufend zu unterrichten.

39. F. NE Herr Dr. BEYER, ich habe Sie am Anfang der Vernehmung gefragt, ob Sie irgendwelche Bindungen zu Lebenden oder Toten haben, die Sie in Konflikt mit Ihrem Eid bringen können. Sie haben diese Frage verneint.

A. Nein, das habe ich auch nicht.

40. F. Ich weiss aber, dass die Aussagen, die Sie jetzt im Augenblick machen, falsch sind.
- A. Darf ich noch folgendes allgemein sagen: Dass ich natuerlich nur das aussagen kann, was ich selbst weiss und ich habe auch von dem Eingang der Post vom NKWD vielleicht nur die Haelfte, also auch von Amt III nur die Haelfte, zu sehen bekommen, denn soweit die Post auf bestimmte Personen und Referate ausgezeichnet war, also insbesondere bei Antworten auf Anfragen der Parteikanzlei, sind diese Berichte nicht ueber mich gegangen und ich bin dabei auch nicht beteiligt worden. Man macht sich natuerlich auch darueber Gedanken und so habe ich mir das zurecht gelegt.
41. F. Das ist sehr gut gesagt! So haben Sie sich das zurecht gelegt. Sie muessen sich nur darueber klar sein, was fuer einen Eindruck es macht, wenn Sie verschiedene Leute, mit denen Sie zusammengearbeitet haben, decken und schuetzen wollen. Es mag Ihnen das kollegial vorkommen und das kann ich auch verstehen, dass Ihnen das kollegial vorkommt und Sie koennen sich sagen: Man ist ein Schweinehund, wenn man das nicht tut. Aber wenn Schweinereien passiert sind und man steht vor einer oeffentlichen Stelle, ueber diese Schweinereien auszusagen, dann muessen meiner Ansicht nach diese anderen Dinge in den Hintergrund treten und Sie sind Jurist, dann sind Sie sich ueber die Tragweite einer gefaerbten Aussage, die Sie im Augenblick machen, vollkommen im Klaren.
- A. Ja, selbstverstaendlich.
42. F. Ich kann z.B. auch verstehen, dass Sie ein gutes Wort ueber Herrn KLEIN sagen wollen, wenn er Ihnen persoenlich sympathisch war. Ich kann Ihnen heute Dinge sagen, wo Herr KLEIN 80 Gefangene hat umlegen lassen, weil die Russen nahegekommen sind und Aehnliches. Ich kann Ihnen Dokumente von Herrn THIERRACK zeigen, die Ihnen einen anderen Eindruck geben. Es ist bekannt, dass KLEIN und THIERRACK Buaenfreunde waren und KLEIN hat gewuest, was THIERRACK getan hat und umgekehrt. Aber wenn Sie riskieren wollen, den Eindruck zu erwecken, ein Teil dieser Bande zu sein, die das gemacht hat, muss ich das Ihnen ueberlassen. Wenn Sie aber den Standpunkt haben, das aufzudecken, dann ist das besser. -
- Ich moechte, dass Sie sich das noch einmal durch das Kopf gehen lassen,

was Sie zu sagen haben. Wir werden uns morgen früh darüber weiter
unterhalten.

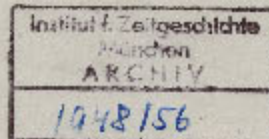
RESTRICTED

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrog. v. 23.5.42

ZS-1013-32

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Interrogation # 1321-a.

Dr. Kampner - Ministry Division.

Vernehmung des Justus REYER vom 23. Mai 1947
 von 11 Uhr 15 bis 12 Uhr durch Hr. BRAUVAIS.
Frl. Pergmann, Stenografin.

1. F. Sind Sie derselbe Hr. Justus REYER, der von mir gestern vernommen und ver-
eidigt wurde?
- A. Jawohl.
2. F. Sind Sie sich darüber klar, dass Sie noch unter diesem Eid stehen?
- A. Selbstverständlich.
3. F. Worausher ich mich mit Ihnen unterhalten will, ist ja gestern zur Genuge
unrissen worden.
- A. Ja.
4. F. Sie wissen, worum es sich handelt?
- A. Ja.
5. F. Haben Sie zu dem Punkt noch etwas zu sagen?
- A. Erst allgemein, was den Wert meiner Aussage betrifft: Ich bin in diesen Juden-
fragen kein Sachverständiger, denn ich habe weder beim SD noch in der Partei-
kanzlei einmal die Judenfragen bearbeitet, noch einen Bericht darüber gemacht,
noch einen Vortrag gehalten und bin auch bei keiner Besprechung ueber Juden-
fragen dabei gewesen.
6. F. Sie sind sich all dessen ganz sicher?
- A. Dessen bin ich mir ganz sicher. Dann darf ich dort fortsetzen, wo ich gestern
I. K. abgeschlossen hatte, und zwar moechte ich doch darum bitten, dass man am
Anfang noch einmal die Zuständigkeitsfrage klarlegt, denn als Jurist bin
ich nun mal gewohnt, zunächst erst mal den klaren Zuständigkeitsorgani-
sationszustand zu erwaschen und dann die Möglichk-iten, die sich daraus
ergeben. Ich war gestern dabei stehen geblieben, auszuführen, dass die
Zuständigkeit der Parteikanzlei sich neben den Beantwortungen im Rahmen der
Staatsrechtlichen Abteilung beruht auf eine Mitwirkung bei Gesetzen und
Verordnungen und dass hierunter alle Rechtsverordnungen fallen, die von
den Ministerien herausgegeben werden. Im Bereich des RMH beruhte die

Tätigkeit der Staatspolizei auf Gesetzen, die 1933 oder 1934 herausgekommen waren. Auf Grund dieser Gesetze war die Staatspolizei in der Lage, Anordnungen im internen Dienstverkehr zu treffen, die nicht in Form einer Rechtsverordnung ergingen. Deshalb wurde grundsätzlich auch die Parteikanzlei bei den Anordnungen der Staatspolizei nicht befragt. Sie ist aber grundsätzlich auch nicht davon unterrichtet worden. Ich selbst habe einmal im Organisationsamt des NSDA vorgesprochen, ob die Anordnungen des NSDA nicht geschlossen laufend der Parteikanzlei zur Verfügung gestellt werden und dies ist abgelehnt worden mit dem Hinweis, dass es nicht üblich sei, die Anordnungen des NSDA in Komplexen einer anderen Behörde zu übermitteln. Wenn die Anordnungen im Einzelfall auch die Politischen Leiter betreffen, dann wurde die Anordnung vom NSDA im Einzelfall übersandt. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz der Nichtbeteiligung der Parteikanzlei war naturgemäss bei Anordnungen, die sich in einem Teil auf Politische Leiter oder Gliederungen der Partei bezogen. Ich erwähne hierbei die Bestimmungen über Fahndung, bei denen das NSDA eingeschaltet war oder die Bestimmung über die Betreuung der Angehörigen von Häftlingen während ihrer Inhaftierung bzw. der Häftlinge nach ihrer Entlassung durch die SSV und drittens die Regelung einer Verhaftung von Politischen Leitern durch die Staatspolizei.

7. F. Darf ich mal unterbrechen. Wir haben gestern damit abgeschlossen, dass Sie gesagt haben, Sie werden sich überlegen, was Ihnen aus diesem Komplex noch einfällt.

A. Ich wollte im zweiten Teil das noch darlegen.

8. F. Schliessen Sie das bitte so schnell wie möglich ab, damit wir zum Hauptpunkt kommen.

A. Es ist natürlich möglich, dass die Parteikanzlei allgemein, wie jede andere Behörde, in Besprechungen unterrichtet wurde. Aber ich bin der Auffassung, dass sie nur dann selbst aufgefordert wurde, wenn z.B. Fragen der Politischen Leiter zur Diskussion standen. -

Zur Frage der Äusserungen, die nun in der Parteikanzlei über den Komplex der in Frage stehenden Bearbeitung der Judenfrage gemacht worden sind, möchte ich im voraus feststellen, dass es in der Staaterechtlichen Abteilung

nicht ueblich war, Postbesprechungen der Abteilung durchzufuehren, sondern dass diese Postbesprechungen nur im Rahmen der einzelnen Referate erfolgten. Ich selbst moechte nochmals unterstreichen, dass ich keinen generellen Auftrag vom Amt IV bekommen habe und dass ich nur eine ungefaehre Uebersicht ueber die allgemeinen Lageberichte des RSHA, Amt III, habe. Der Geschaeftsverkehr mit dem RSHA lief in den uebrigen Fragen nach den allgemeinen Regeln, wonach die Vorgaenge auf das zustaeendige Referat ausgezeichnet wurden. Bei Berichten von wichtiger Bedeutung sind diese vermutlich von Obergruppenfuehrer HEYDRICH selbst unterzeichnet und an den Reichsleiter BORMANN persoenlich verfuegt worden, der dann Demjenigen den Vorgang uebermittelte, der an einer etwaigen Besprechung teilnehmen sollte. -

An einzelnen Aeusserungen ueber Fragen der Judenbehandlung kann ich solche erwaechnen, die bei Tisch oder sonst im persoenlichen Verkehr gefallen sind, dagegen nicht irgendwelche Aeusserungen in dienstlichen Besprechungen ueber Judenfragen, da ich an solchen nicht teilgenommen habe und auch nicht weiss, ob solche in der Parteikanzlei selbst stattgefunden haben. Es erzaehte einmal ein Angehoeriger der Staatsrechtlichen Abteilung, dass ihm ein Freund berichtete, er habe eine grossere Zahl von Juden sehr eifrig arbeiten sehen, die in Kaeftlingkleidern waren. Ihm sei einer mit einem intelligenten Gesicht aufgefallen und er habe ihn gefragt, wo er herkomme und da hat er gesagt, er sei Landgerichtsrat aus Berlin. Ich weiss, dass damals diese Erzaehlung auf die anwesenden Beamten erheblichen Eindruck machte und hatte den Eindruck, dass sie es nicht billigten, dass man Beamte, denen die Rechte verfassungsmassig zugestanden sind, ohne Disziplinarverfahren derart behandelt.

9. F. Koennen Sie mir die folgenden Aeusserungen erst einmal ausserhalb des Protokolls erzaehlen. - - - -

Sie sagten eben: Die Angehoerigen der Staatsrechtlichen Abteilung der Parteikanzlei waren typische Vertreter des Beamtenstandes.

A. Ja.

10. F. Ist es Ihrer Meinung nach ein Grundsatz des typischen Beamten, sich Befehlen, die er von oben bekommt, zu widersetzen oder diese Befehle

ohne Frage auszuführen?

- A. Wenn ich, abgesehen von Personen der Parteikanzlei, allgewein diese Frage beantworten muss, so muss ich natuerlich sagen, dass durch die Erziehung, sowohl beim Militaer wie auch im Beamtentum, die Gehorsamspflicht ausserordentlich ausgepraegt worden ist und zweitens, dass die Beamten stark formal veranlagt sind, weil dann, wenn irgendeine Stellungnahme der dafuer zustaeendigen Stelle vorliegt oder eine Stellungnahme des Staatsoberhaupts, die geneigt sind, diesen formalen Voraussetzungen sich zu beugen.

11. F. Wie war das in der Parteikanzlei? Sie sagten vorher: Abgesehen von Personen der Parteikanzlei.

- A. In der Parteikanzlei selbst kann ich nicht sagen, dass die Beamten kritiklos an die Dinge herangegangen sind, denn gerade in Faellen, die der Parteikanzlei zur Kenntnis gekommen sind, waren oft erhebliche Meinungsverschiedenheiten von Reichs- oder Gauleitern oder Ministerien.

12. F. Also die Parteikanzleibeamten waren nicht so.

- A. Sie waren nicht diese ausgepraegten Beamten, konnten sie ja garnicht sein, weil ihnen viel mehr als irgendeinem anderen Beamten einer Behoerde zur Kenntnis kam, dass tatsaechlich bei fuehrenden Persoenlichkeiten Meinungsverschiedenheiten ueber viele Dinge bestehen und dass sie daher nicht ohne weiteres eine Ansicht billigen, wenn sie davon wissen, dass ein Minister oder ein Reichs- oder Gauleiter anderer Meinung ist.

13. F. Was war denn BORHMANN fuer ein Mann?

- A. BORHMANN ist ein ausgesprochenes Arbeitstier, er hat bis nachts 2 oder 3 Uhr gearbeitet, ausgesprochener Papiermann, er hing fuerchterlich am Papier, kam fast nie zur Dienststelle in der Parteikanzlei.

14. F. Seine Arbeitsweise interessiert mich nicht. Mich interessiert, was Sie von ihm halten. Wie stand es mit seinem Rechtsstandpunkt?

- A. BORHMANN hat die Juristen nicht sehr geschaeztet.

15. F. Warum?

- A. Wahrscheinlich beeinflusst durch den Fuehrer, der ein Hasser der Juristen gewesen ist.

16. F. Warum war er ein Hasser der Juristen?

- A. Er selbst war abstoemungsgemaessig nicht Beamter.

17. F. Das kann damit nichts zu tun gehabt haben. Warum war er ein Haßer der Juristen? Sind ihm die Juristen in die Quere gekommen?
- A. Er hat das verwendet, was gerade in seinen Interessen passte. Wenn es naturgemäß möglich war, durch juristische Gutachten den Machtbereich eines Reichsleiters einzuschränken, dann hat er sich der Juristen bedient. Allgemein war BORMANN bestrebt, nicht in der Öffentlichkeit durch Reden hervorzutreten.
18. F. Ich habe Sie ganz klar etwas anderes gefragt. Ich wollte von Ihnen wissen, was Sie von dem Rechtsstandpunkt des Herrn BORMANN halten, nicht, was er von den Juristen gehalten hat. Auf welcher Seite, glauben Sie, stand er. Auf der exzessiven Seite mit all den Auswüchsen, von denen Sie gestern gesprochen haben, oder war er ein rechtlich denkender Mensch, der die Sache in Form halten wollte.
- A. Ich bezweifle überhaupt, dass er allzustark eine eigene Meinung gehabt hat, sondern er hat das fuer Recht gehalten, was der Fuehrer sagte.
19. F. Also das alles mit eingeschlossen? Auf welcher Seite stand er dann?
- A. Es ist schwer fuer mich, das zu beurteilen.
20. F. Es ist leicht fuer Sie, das zu beurteilen.
- A. Weil die Stellungnahmen BORMANN's in Rechtsfragen nicht zu mir gekommen sind und das, was Sie mir gestern sagten, dass er diese Ausrottungsmaßnahmen gebilligt hat und wenn das durch das Nuernberger Urteil bestaetigt ist, dann geht daraus hervor, dass er sich zu den nun einmal bestehenden Rechtsgrundsätzen in absoluten Widerspruch gesetzt hat.
21. F. Das haben Sie erst von mir erfahren, dass er mit den Ausrottungsmaßnahmen einverstanden war?
- A. Ich habe, glaube ich, das im Urteil gelesen.
22. F. Erst nach dem Krieg haben Sie das erfahren, dass er mit allen diesen Sachen einverstanden war?
- A. Das habe ich erst nach dem Krieg erfahren.
23. F. Waehrend des Krieges haben Sie gedacht, dass er ein absolut rechtlich denkender, anstaendiger Kerl war, bis zum Schluss?
- A. keine Antwort. -
24. F. Sie haben es anscheinend doch nicht gedacht. Es hat Ihnen doch etwas

geschwant, sonst koennten Sie das ohne Vorbehalt mit "Ja" beantworten?

A. In Einzelfragen

25. F. Eine grundsatzliche Einstellung aussert sich immer in Einzelfragen.

Also wollen wir jetzt nicht mit Worten spielen.

A. In Einzelfragen hat er sich sehr oft stur durchzusetzen versucht, wenn irgendwelche Dinge nicht mit dem bestehenden Parteirecht in Ubereinstimmung standen.

26. F. Was heisst das? Das ist zu vage.

A. Er hat von den Sachbearbeitern verlangt, dass sie sehr sorgfaeltig arbeiten. Wenn z.B. irgendwelche Beschwerden von Volksgenossen einliefen, wusste man mit allen Mitteln versuchen, in diesen Einzelfaelles die gerechte Entscheidung zu erreichen, obwohl sich dadurch die Dienststelle erheblich zersplittert hat, weil sie sich mit Einzelfragen befasste, statt grundsatzliche Fragen zu behandeln.

27. F. Also Sie sind wirklich der Erste, der sogar BORMANN in Schutz nimmt.

A. Das tue ich nicht.

28. F. Sind Sie immer noch ein guter Nationalsozialist?

A. Nein, das kann ich nicht sagen. Aber ich weiss, BORMANN ist dafuer verantwortlich, dass viele Dinge nicht an HITLER herangetragen worden sind. Deshalb haelt ihn ein sehr grosser Teil der Bevaelkerung und der in den Lagern Internierten an der Entwicklung fuer mitschuldig.

29. F. Ich will jetzt nicht auf den Punkt eingehen, was geschehen waere, wenn die Sachen an HITLER herangetragen worden waeren. Wollen wir HITLER aus dem Spiel lassen. BORMANN hat Sachen von HITLER ferngehalten offenbar aus einem Grunde, weil er ein bestimmtes Ziel verfolgt hat.

A. Nein. Ich glaubte damals immer noch, dass er HITLER, der mit den militaerischen Dingen hauptsaechlich befasst war, moeglichst fernhalten wollte von Einzeldingen und ich schliesse es daraus, dass immer wieder gesagt wurde, irgendwelche Mistaende wurden schon in Angriff genommen, aber erst nach einer Beruhigung der Frontlage oder nach dem Kriege, wenn eine Entscheidung des Fuehrers dafuer eingeholt werden koennte.

30. F. Also Sie glauben, dass BORMANN absolut ein Instrument von HITLER gewesen ist?

A. Ja. Das ist schon so gewesen.

31. F. Dass er anderweitig absolut anstaendig war? Ich moechte ganz klar wissen, ob Sie glauben, dass BORNANN absolut anstaendig war.
- A. Keine Antwort.
32. F. Also Sie glauben es?
- A. Also wenn
33. F. Nichts wenn. Das ist doch einfach zu beantworten. Ich kann mir doch Meinungen ueber Leute bilden, ob sie ein Schwein, anstaendig, bloede, gescheit sind. Wozu braucht man da ein "wenn". Sie kennen ihn besser als ich. Ich habe ihn niemals gesehen.
- A. Ich habe ihn vielleicht viermal gesehen. Er hat eine unheilvolle Rolle gespielt und deshalb wird das Urteil der Geschichte ueber ihn negativ sein, aber ich habe keine Beweise dafuer, dass er aus rein persoenlichen verbrecherischen Motiven Dinge getan hat, die nicht in Uebereinstimmung mit HITLER waren.
34. F. Das ist so verklausuliert, dass es ueberhaupt keinen Wert hat.
- A. Es ist schwer, ein Urteil ueber Dinge zu geben, ueber die man selbst nicht endgueltig unterrichtet ist. Man moechte ja versuchen, irgendwie gerecht zu sein.
35. F. Sie sind immer noch verbohrt.
- A. Das kann ich nicht sagen. Ich bin mir darueber klar, dass ein Mann wie der Reichsfuehrer SS ein Verbrecher ist.
36. F. Vorlage des Briefes THIERACK an BORNANN vom 13. Oktober 1942.
- A. Diese Sache ist mir grundsatzlich bekannt, weil sie in der Presse bei dem Juristenprozess erwaeht worden ist, dass ihnen vorgeworfen wird, dass sie die Justiz ueber Folen usw. der Polizei ausgeliefert haetten. Offensichtlich ist nach dem Inhalt des Schreibens die Initiative vom Reichsfuehrer ausgegangen.
37. F. Dieser BORNANN hat in seiner Dienststelle planmaessig Leute ausgesucht, die ihn in seinen Vorsatzen nur einen Hemmschuh vor den Wagen werfen konnten?
- A. Der Aufbau der Parteikanzlei ist ja wohl schon seit 1938/39 im wesentlichen erfolgt und ich weiss genau, dass bei der Frage der Besetzung der staatsrechtlichen Abteilung nicht etwa davon ausgegangen wurde, wer ist ein besonders williger Vertreter der Partei, sondern dass man sogar in die Partei-

kanzlei Leute genommen hat, die erst ganz jung oder in zwei Fällen noch überhaupt nicht Parteigenossen waren. Vielfach sind diese Männer auch fachlich von den Ministerien ausgewählt worden, sodass ich mir nicht danken kann, dass BERNARD von vornherein davon ausgegangen ist, Personen in die Staatsrechtliche Abteilung zu bekommen, die willig willfährig sind, sondern er wollte sich einen ausgezeichnet funktionierende Rechtsberatung aufbauen, dass er dann, wenn es ihm in Einzelfall passte, wirksam z.B. gegen Nachbestrebungen einzelner Reichsleiter vorgehen konnte.

RESTRICTED